

Forderungen der Initiative Bargeld zählt!

Die Covid-19 Pandemie hat die Digitalisierung in allen Bereichen der Gesellschaft beschleunigt. Dies gilt auch für das Bezahlen. Große Supermarktketten fordern die Bevölkerung flächendeckend nach wie vor aktiv zu unbarem Bezahlen auf, obwohl längst feststeht, dass Bargeld auch in der Pandemie im Regelfall medizinisch unbedenklich ist.

Die Nachwirkungen dieser Kampagnen, die auf Fehlinformationen beruhen, sind spürbar. Bargeld weist eine Reihe unverzichtbarer positiver Charakteristika auf, die kein anderes Bezahlmittel bieten kann. Es sichert zudem die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger beim Bezahlen.

Die Initiative „Bargeld zählt!“ erhebt daher folgende Forderungen:

1. Bargeld ist gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland.
Forderung: „Es ist gesetzlich festzulegen, dass ausnahmslos alle Geschäfte, Dienstleister und Einzelhändler in Deutschland verpflichtet sind, Bargeld als Bezahlmittel zu akzeptieren, selbstverständlich entsprechend aller gesetzlichen Vorgaben.“
2. Die Bargeldversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft muss gesetzlich sichergestellt werden. Schweden z.B. hat aufgrund der aktuellen Unterversorgung im Land Anfang 2020 ein entsprechendes Gesetz erlassen, um die Bargeldversorgung im Land sicherzustellen.
Forderung: „Es muss sichergestellt werden, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in angemessener Entfernung (nach Vorgaben der Politik) Zugang zu Bargeld haben. Das gilt sowohl für Bargeldeinzahlungen als auch für Auszahlungen/Abheben.“
3. Vom Charakter her ist Bargeld ein öffentliches Gut, das der Nation von der jeweiligen Regierung und Zentralbank zur Verfügung gestellt wird, um ein stabiles Wirtschafts-, Währungs- und Finanzsystem zu gewährleisten sowie Teilhabe an der Gesellschaft. Dieser ursprüngliche Charakter und Zweck des Bargelds als öffentliches Gut wird inzwischen von kommerziellen Banken unterlaufen, indem sie immer höhere Gebühren für das Handling von Bargeld von Unternehmen verlangen. Auch Privatpersonen sind immer häufiger mit hohen Gebühren konfrontiert, wenn sie Geld am Automaten abheben.
Forderung: „Die Politik hat sicherzustellen, dass Gebühren für den Bezug und die Einzahlung sowie das Handling von Bargeld insgesamt für Unternehmen einen regulierten Höchstsatz von 0,05% der betreffenden Summe nicht überschreiten dürfen.“

Die Initiative Bargeld zählt! ist 2020 gegründet worden und hat sich zum Ziel gesetzt, Zugang, Akzeptanz und Verfügbarkeit von Bargeld in Deutschland sicherzustellen.

Zu den Unterstützern von Bargeld zählt! gehören



Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Cash Matters®



Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste



Private Brauereien Deutschland



Bayerischer Müllerbund e.V.
Landesverband der bayerischen Mühlen

Karolinenplatz 5a, 80333 München
Müllerhaus





Industrieverbände Druck und Medien,
Papier- und Kunststoffverarbeitung
Baden-Württemberg

